

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/83

2. Mai 1974

Leistungsbilanz kontra Stimmungsmache

Saar-SPD geht mit Zuversicht in die Kommunalwahl

Von Friedel Läßle MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar

Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Fünfundzwanzig Jahre Europarat

Die größte demokratische Organisation des Kontinents

Von Georg Kahn-Ackermann MdB

Vizepräsident der Beratenden Versammlung des
Europarates

Seite 3 und 4 / 97 Zeilen

Der Kampf um den § 218 ist beendet

Kämpferische Posen dienen nur noch der Propaganda

Von Hermann Dürr MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion und des
Vermittlungsausschusses im Bundestag

Seite 5 und 6 / 69 Zeilen

Medienpolitik und Verlegerprotest

Stellungnahme zu einem immer aktueller werdenden
Problem

Von Klaus-Detlef Funke

Mitglied der Medienkommission beim SPD-Vorstand und
Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft der Jungso-
zialisten in der SPD

Seite 7 und 8 / 88 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

KAL 505 10 115 7 14 1870011

Leistungsbilanz kontra Stimmungsmache

Saar-SPD geht mit Zuversicht in die Kommunalwahl

Von Friedel Läßle MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar

Der Kommunalwahlkampf im Saarland hat in bezug auf seine Thematik einen recht ungewöhnlichen Verlauf genommen. Zwar haben alle Parteien - als erste die SPD - kommunalpolitische Grundsatzprogramme in diesen Wahlkampf eingebracht, doch in allen Wahlversammlungen kommt die Sprache sehr bald auf Fragen der Bundespolitik. Wir Sozialdemokraten haben diese Herausforderung angenommen, bietet sich uns doch dadurch eine gute Gelegenheit, die Leistungen der Bundesregierung, insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet, breiten Bevölkerungskreisen zu verdeutlichen. Besonderes Interesse finden die gesetzlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge. Die Fortschritte durch den Ausbau der sozialen Krankenversicherung, wie zeitlich unbegrenzte Krankenhauspflege und kostenlose Haushaltshilfe bei Krankenhausaufenthalt der Mutter, werden dankbar zur Kenntnis genommen. Hier zeigt sich oft ein Informationsrückstand, der sicher mit eine Ursache für die noch vor wenigen Wochen spürbare Unmutstimmung war.

Von unseren saarländischen Mitbürgern lebhaft begrüßt wird die bevorstehende Steuerreform. In unserem Land gab es zur Zeit der französischen Verwaltung schon einmal Kindergeld für das erste Kind, auf das nach der Rückgliederung verzichtet werden mußte. Nachdem es der CDU in jahrzehntelanger Regierungsverantwortung nicht gelungen ist, das Erstkindergeld zu verwirklichen, registrieren die Saarländer mit Genugtuung, daß die Sozialdemokraten diese Maßnahme zu einem zentralen Punkt ihrer Steuerreform erhoben haben. Zur Versachlichung der Diskussion, das muß auch einmal hervor-gehoben werden, hat die kürzlich vom Bundeskanzler abgegebene Zehn-Punkte-Erklärung geführt. Die Erklärung Willy Brandts stößt in den Veranstaltungen auf einhellige Zustimmung, da sie möglicherweise bestehende Unklarheiten ausgeräumt und die Zielsetzungen der Sozialdemokratischen Partei klar heraus-

gestellt hat. Die Konturen sind für viele Wähler wieder deutlicher geworden. Günstiger, als viele unserer Parteifreunde anfangs erwartet hatten, verläuft für uns die Diskussion um die Preisentwicklung. Es ist allgemein registriert worden, daß die Stabilitätspolitik der Bundesregierung unser Land vor den inflationären Preissteigerungsraten vergleichbarer Industrienationen bewahrt hat. Die Bevölkerung hat aber auch die unseriöse, nur auf Stimmenfang abzielende Politik der CDU durchschaut, die einerseits generelle Steuerersenkungen propagiert, andererseits aber den Bundeshaushalt mit Mehrforderungen in Milliardenhöhe belasten will.

Die Versuche der Union, sich als arbeitnehmerfreundlich darzustellen, sind ebenfalls auf wenig positive Resonanz gestoßen. Dazu trug die unverantwortliche Stimmungemache mit generellen Steuererhöhungen, durch die die Vermögenden einseitig bevorteilt worden wären, ebenso bei, wie die Drohungen von Franz Josef Strauß gegen die CDU-"Linken" Breidbach, Blüm und Katzer. Vor allem am Beispiel der Benzinpreiserhöhungen hat unsere Bevölkerung auch festgestellt, daß weite Kreise der Großindustrie mit ihrer monopolistischen Preispolitik versuchen, die Bemühungen der ihnen nicht genehmen Bundesregierung zu sabotieren. Entlarvende Äußerungen wie die des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer haben ihr Teil dazu beigetragen. Das vor der Bundestagswahl 1972 geweckte Bewußtsein, daß CDU und Großindustrie Hand in Hand gehen, und damit gegen die Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung handeln, ist bei den arbeitenden Menschen unseres Landes durchaus noch lebendig.

Aus den geschilderten Tatsachen wird deutlich, daß die saarländische Kommunalwahl am 5. Mai ein Zeichen setzen wird - und wir sind zuversichtlich, daß es ein positives Zeichen werden wird. Nach den wenig erfreulichen Ergebnissen der letzten regionalen Wahlen in anderen Bundesländern ist es an der Zeit, bundesweit sichtbar zu machen, daß die Menschen in einem Industrieviertel wie dem Saarland dafür eintreten, daß die Politik der Reformen weitergeführt wird, daß Mitbestimmung, neues Bodenrecht und Steuerreform verwirklicht werden. Neben dem von uns offensiv geführten Wahlkampf mit bundespolitischen Themen, haben wir überall im Land mit Stolz auf unsere Leistungen in der Kommunalpolitik verweisen können. Sozialdemokratische Bürgermeister haben das fortschrittliche Bild vieler saarländischer Städte und Gemeinden geprägt. Diese Politiker haben auch jetzt - nach einer auf CDU-Parteiinteressen zugeschnittenen Gebietsreform - das Vertrauen ihrer Bürger. Auf Landesebene erarbeitete, auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnittene Leitlinien zur Kommunalpolitik verdeutlichen unsere konkreten Zielsetzungen.

Die Sozialdemokratische Partei im Saarland kann sich im Übrigen als geschlossene Einheit präsentieren, nachdem schon vor geraumer Zeit interne Auseinandersetzungen bereinigt wurden. Ein Versammlungsbesuch, der alle Erwartungen übertrifft, und eine Beitrittsbewegung, vergleichbar nur mit jener vor der 72er Bundestagswahl, geben uns Hoffnung und Zuversicht. Dennoch wollen wir den Erwartungshorizont nicht zu weit setzen. Wenn es uns gelingt, im Saarland das Kommunalwahlergebnis des Jahres 1968 in etwa zu erreichen, müssen wir das in der jetzigen Situation als Erfolg werten. An Arbeit und Einsatz für dieses Ziel hat es die SPD Saar nicht fehlen lassen.

(-/2.5.1974/ks/pr)

Fünfundzwanzig Jahre Europarat

Die größte demokratische Organisation des Kontinents

Von Georg Kahn-Ackermann MdB

Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats

Am 5. Mai wird die älteste der europäischen Institutionen, der in Straßburg residierende Europarat sein 25-jähriges Jubiläum feiern. Es fällt zusammen mit schon seit über einem Jahr anhaltenden Erörterungen über die Rolle, die der Europarat in Zukunft spielen soll, und es fällt zusammen mit der Neuwahl eines Generalsekretärs dieser die 17 demokratisch-parlamentarischen Staaten Europas umfassenden Institution. Die Bedeutung des Europarats liegt nicht nur darin, daß er die älteste und umfassendste gemeinschaftliche Organisation der demokratischen Staaten unseres Kontinents ist, sondern daß er auch von Anfang an geschaffen worden ist, um den Parlamentariern ein Mitspracherecht in allen internationalen und europäischen Fragen einzuräumen, deren Behandlung bis 1945 das Privileg der Regierungen gewesen war.

Keine Regierung der Mitgliedstaaten möchte diese Einrichtung heute missen, obwohl niemandem verborgen geblieben ist, daß die Bedeutung der Straßburger Einrichtung zumindest seit der Erweiterung der EWG in den Augen der Öffentlichkeit stark zurückgegangen ist. Zu Unrecht! Aber die schwierigen Probleme, die in der Europäischen Gemeinschaft zur Lösung anstehen, haben nicht nur voll und ganz die Kräfte der neun Mitgliedsregierungen und ihrer Außenminister in Anspruch genommen, sondern sie haben in den Augen der Öffentlichkeit das politisch mehr oder weniger organisierte Europa mit der Einrichtung der Europäischen Gemeinschaft identifiziert. Und zweifellos hat die große Masse unserer Mitbürger heute Mühe, die drei bestehenden europäischen Institutionen - Europäische Gemeinschaft, Europarat und Westeuropäische Union - auseinanderzuhalten, und so ist sie auch kaum in der Lage, zwischen ihren spezifischen Aufgaben unterscheiden zu können.

Eine der wichtigsten zukünftigen Aufgaben des Europarats als der größten und umfassendsten Organisation der demokratischen Staaten vom Nordkap bis zur persischen Grenze wird daher sein müssen, seine spezifischen Aufgaben und Ziele in den Augen der Öffentlichkeit wieder stärker zu profilieren als bisher. Für eine Einrichtung wie den Europarat sind Verständnis und die Unterstützung durch die breite Öffentlichkeit lebenswichtig, und eine Organisation, deren Charakter und Ziele sich in den Augen unserer Mitbürger nicht deutlich abhebt, kann füglich auch nicht die notwendige Unterstützung durch die Mitbürger verlangen. Der Öffentlichkeit ist heute kaum mehr bewußt, daß sie dem Europarat den grenzüberschreitenden Verkehr verdankt, und daß es keiner in die Pässe eingestempelten Visas mehr bedarf und für Autofahrer keiner Trip-ticks oder Carnets. Die bedeutsamste Leistung des Europarats als Gemeinschaftsorganisation der demokratischen Staaten ist jedoch ohne Zweifel die Menschenrechtskonvention und die Einrichtung der Menschenrechtskommission sowie des für Fragen der Menschenrechte zuständigen Gerichtshofs in Straßburg. Jeder Bürger aus einem Mitgliedstaat, der sich in seinen Grundrechten verletzt fühlt und der glaubt, daß ihm durch die nationalen Gerichte und Einrichtungen zum Schutz der Grundrechte nicht Genugtuung widerfahren ist, kann seinen

Fall in Straßburg unterbreiten und, wenn er von der Kommission akzeptiert wird, beim Gerichtshof ein Verfahren beantragen. Eine staatliche Anzahl von europäischen Mitbürgern haben bisher von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Urteile des Straßburger Gerichtshofes werden in allen demokratischen Staaten Europas honoriert.

Das Verhältnis zwischen den neuen EG-Staaten und den acht Mitgliedstaaten des Europarats, die nicht Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind, läßt jedoch zu wünschen übrig. Bei diesen Acht handelt es sich um die drei neutralen Staaten Schweden, Schweiz und Österreich, ferner um Norwegen und Island sowie um die Mittelmeerstaaten Türkei, Zypern und Malta. Da der Europarat die größte gemeinschaftliche Organisation der westeuropäischen Staaten ist, beschwerten sich die acht nicht dem Gemeinsamen Markt angehörenden Staaten zunehmend darüber, daß sie bei Entscheidungen der Neun, die ganz Europa betreffen, nicht rechtzeitig und nicht ausreichend konsultiert werden. Dieser Vorwurf reicht von der Feststellung unzureichender und unzulänglicher Konsultationen hinsichtlich des europäisch-amerikanischen Verhältnisses bis zur Behandlung von Mittelmeer- und Ost-West-Fragen durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft. Die Klagen der Acht sind nicht unbegründet, und wenn der Europarat künftig nicht dafür sorgt, daß gemeinschaftliche Probleme der 17 in Zukunft verstärkt gemeinsam beraten und diskutiert werden, ist die Befürchtung einer weiteren Aufspaltung Europas im demokratischen Lager so abwegig nicht.

Eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit von 1959, in der der damalige Generalsekretär des Europarats Benvenuti und der damalige Kommissionspräsident Prof. Hallstein Möglichkeiten der gegenseitigen Information verabredet hatten, ist so gut wie gar nicht eingehalten worden. Das Ergebnis ist, daß häufig gleiche Arbeits- und Gesetzgebungsprojekte mit unterschiedlichen Kräften und unterschiedlichen Mitteln sozusagen nebeneinander in Brüssel und Straßburg in Angriff genommen worden sind. Das trifft auch für die Arbeiten des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung sowie der Administration auf beiden Seiten zu. Unnötige Doppelarbeit und Konkurrenz muß in Zukunft einer gezielteren und überlegteren Zusammenarbeit Platz machen. Der Weg zu diesem Ziel ist steinig und ungemütlich, aber im Interesse Europas müssen bestehende Hindernisse beseitigt werden, denn die Kraft der Europäischen Gemeinschaft allein reicht für die Erlangung der Europäischen Union nicht aus. Es wird hier genau wie bei der Erweiterung der EG der konzentrierten Mitarbeit des Europarats bedürfen, um das gesteckte Ziel der Union zu erreichen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit wird der Europarat künftig in Brüssel ein Verbindungsbüro errichten, um damit ein neues wichtiges Instrument für eine bessere Zusammenarbeit der Acht und der Neun innerhalb des Europarats zu schaffen.

Engagierte sozialdemokratische Europäer wie Fritz Erler, Karl Mommer, Carlo Schmid und viele andere haben sich stets bemüht, Europa weniger durch pathetische Parolen als vielmehr durch praktische und praktikable Vorschläge und Maßnahmen zu bauen. Der Erfolg hat ihnen recht gegeben. In dieser Haltung und mit diesem Geist ist auch die Tätigkeit des Europarats zu überdenken.

(SPD-MdB Kohn-Ackermann kandidiert für den Posten des Generalsekretärs des Europarates.) (-/2.5.1974/ks/ee/pr)

+ + +

Der Kampf um den § 218 ist beendet

Kämpferische Posen dienen nur noch der Propaganda

Von Hermann Dürr MdB

Mitglied des Vöراتendes der SPD-Fraktion und des
Vermittlungsausschusses im Bundestag

Der Kampf um den Paragraphen 218 sei noch nicht beendet, so schreiben und sprechen manche Kommentatoren. Und einige machen ein hochpolitisches Problem daraus, daß bei der Schlußabstimmung im Bundestag 247 Stimmen für die Fristenregelung abgegeben worden seien, weil damit die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates größere Möglichkeiten habe, als wenn die Kranken gesund gewesen wären und das Endergebnis zumindest 250 Ja-Stimmen gezeigt hätte.

Dabei ist die rechtliche Lage eindeutig. Der Bundesrat kann den Vermittlungsausschuß bei jedem Gesetz anrufen, auch wenn der Beschluß im Bundestag einstimmig gefaßt worden ist (Das ist eine gute Bestimmung, denn der Bundestag könnte ja irgendwo einen gesetzestechnischen Fehler machen, den der Bundesrat auf diese Art zur Sprache bringen und beseitigen will). Nachdem das 5. Strafrechtsreformgesetz mit 247 Stimmen verabschiedet wurde und nachdem zu dieser Zahl in Gedanken die Stimmen kranker und abwesender Abgeordneter hinzuzählt werden müssen, sollte der Bundesrat aber die Begleitmusik zu einem Mehrheitsbeschluß ändern. Die Melodie "Auf in den Kampf, Torero" paßt nicht mehr, obwohl der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg diese Arie zu pfeifen versuchte. Die Melodie "Brüder, reicht die Hand zum Bunde" ist für solche Situationen angemessener als ein Schlachtgesang, vorausgesetzt daß es den Sängern um die Sache und nicht um den Propagandaeffekt geht. Wer etwas erreichen will, was er nicht erzwingen kann, tut gut daran, ein Gespräch durch sachliche Äußerungen und nicht durch Fanfarenstöße vorzubereiten.

Eine so friedfertige Einladung zu einem Gespräch im Vermittlungsausschuß würde nicht nur der Sachlage entsprechen. Sie wäre auch angemessen, wenn die CDU/CSU nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren will. Es würde nämlich auffallen, wenn einerseits im Bundestag die Abg. Prof. Mikat und Vogel (Ernepetal) dazu aufrufen, eine so wichtige Sache mit einer breiten Mehrheit zu verabschieden, andererseits die Bundesrats-Mehrheit

ihren Voreprung von einer Stimme dazu auszunutzen versuchte, eine ihr genehme Regelung zu erzwingen (obwohl nichts mehr zu erzwingen ist). Es ist hoffentlich nur journalistische Spekulation, wenn geschrieben wird, daß die Bundesrats-Mehrheit darauf hoffe, bei einzelnen SPD-Bundestagsabgeordneten Mitstreiter für ihr Anliegen zu finden. Diese Chance besteht nämlich nicht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Problematik des Schwangerschaftsabbruchs - und dabei nicht nur die strafrechtliche Seite - über Jahre ausführlich auch in den Punkten diskutiert, in denen Meinungsverschiedenheiten über den besten Weg zum gemeinsamen Ziel bestanden. Die Diskussion war fair und solidarisch. Wer hier noch auf eine Verschwörung einer Minderheit gegen die Mehrheit hoffen sollte, wäre tief im Irrtum.

Bei den sozialen Maßnahmen, von denen ein Teil im Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz zusammengefaßt ist, hat der Bundesrat mehr Einwirkungsmöglichkeit, weil die vom Bundestag verabschiedete Fassung zustimmungspflichtig ist. Die Opposition hatte in den Ausschüssen und im Plenum des Bundestags beantragt, daß die Kosten der Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs nur in Fällen enger medizinischer Indikation von den Krankenkassen übernommen werden sollten. Sollte die Bundesrats-Mehrheit auf dieser Linie bleiben, würden Strafrecht und soziale Maßnahmen nicht zusammenpassen. So müßte nach den bisherigen CDU-Anträgen eine Frau, die nachweislich durch eine Vergewaltigung schwanger geworden ist, einen Abbruch als Privatpatientin durchführen lassen. Und bei einer Frau, die höchstwahrscheinlich ein mißgebildetes Kind zur Welt bringen wird und die sich deshalb mit Selbstmordgedanken trägt, käme es darauf an, ob der Arzt die kindliche oder die medizinische Indikation als im Vordergrund stehend ansieht und der Krankenkasse die entsprechende Bescheinigung schreibt.

Die Beispiele könnten noch vermehrt werden. Sie zeigen, daß der derzeitige CDU-Trend zu Ergebnissen führen würde, die für keinen sozial empfindenden Politiker, gleichgültig welcher Partei, tragbar sind. Ausschüsse und Plenum des Bundesrats mögen diese - hier nur ausschnittsweise dargestellte - Problematik im Auge behalten. Und wenn die Bundesrats-Mehrheit zur Ansicht kommen sollte, dieses drohende soziale Ärgernis lasse sich nicht ohne Mitwirkung des Vermittlungsausschusses beseitigen, dann wäre auch dieses Thema für Propagandafanfaren denkbar wenig geeignet.

Der Kampf um den § 218 ist beendet. Wer jetzt noch kämpferische Posen bevorzugt, ist ein Politiker, dem es mehr um Propaganda als um die Sache geht. Was bleibt und was zur Bewältigung noch einige Mühe braucht, ist die für Bundestag und Bundesrat gemeinsame Aufgabe: alles zu tun, um die Bundesrepublik Deutschland kinderfreundlicher zu machen. (-/2.5.1974/ks/pr)

+ + +

Medienpolitik und Verlegerprotest

Stellungnahme zu einem immer aktueller werdenden Problem

Von Klaus-Detlef Funke

Mitglied der Medienkommission beim SPD-Vorstand und
Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD

Was dem bundesdeutschen Autofahrer widerfährt, passiert auch den Verlegern von Zeitungen und Zeitschriften. Sie leiden unter Preissteigerungen, diktiert von Konzernen. Nur, wenn der Papierpreis steigt, ist sofort auch die Rede von der Bedrohung der Meinungsvielfalt in der Presse. Gleichzeitig finden jedoch Konzentrationsprozesse wie jüngerer der im süddeutschen Raum statt, die aufzeigen, daß in einer privatwirtschaftlich strukturierten und operierenden Presse Rentabilität, Ausweitung von Marktanteilen und Gewinnstreben stets vor der vielzitierten Meinungsvielfalt rangieren.

Diese Konzentrationsprozesse, die zu immer größeren publizistischen Machtzusammenballungen führen, werden von einigen wenigen Verlegern und deren Beauftragten vollzogen. Die Beschäftigten erfahren frühestens aus der eigenen Zeitung davon. Im Falle der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger wird heutzutage wieder einmal überdeutlich, daß es sich hier um eine Unternehmergruppe handelt, die erhebliche Forderungen stellt, sich aber nicht in die eigenen Karten sehen lassen und Demokratisierung im eigenen Hause verhindern will. Nach dem Kabinettsbeschuß vom 30. April über Hilfen an Tageszeitungen, der Bundesregierung eine "zeitungsunfreundliche" Haltung zu unterstellen und mit "Betroffenheit" zu reagieren, das bedeutet eine Alles-oder-Nichts-Haltung, der endlich auch entsprechend pressepolitisch begegnet werden muß. Schließlich können sich die medienpolitischen Aktivitäten nicht auf wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die Verleger kleiner und mittlerer Tageszeitungen beschränken, die, wie gesagt, mehr starkem Konkurrenzdruck durch die expandierenden Großverlage unterliegen.

Bis jetzt erfassen die Verleger allein die Zahlen über die wirtschaftliche Situation ihrer Zeitungsverlage. Niemand kann von der Bundesregierung verlangen, daß sie diesen Angaben blindlings vertraut und sämtlichen Forderungen der Presseunternehmer nachgibt. Zunächst einmal müssen die Angaben des BDZV mit großer Skepsis betrachtet werden. Ein Gutachten der Berliner Publizistik- und Wirtschaftswissenschaftler Knappe und Zerdick weist den Verlegern nach, daß ihre Prognosen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der deutschen Tageszeitungsverlage unglaubwürdig und die aktuellen Wirtschaftsdaten aufgrund schwerwiegender methodischer Mängel unbrauchbar seien.

In der Tat muß davon ausgegangen werden, daß eine Grundlage zur Beurteilung der vom BDZV vorgetragenen Subventionsforderungen bisher nicht existiert. Die 74er Prognose ist außergewöhnlich wenig plausibel und steht sogar im Widerspruch zu verschiedenen anderen Aussagen des BDZV und einzelner Verleger. Das heißt also, die Notwendigkeit, eine Bewertungsgrundlage zu schaffen in Form einer gesetzlichen Verankerung der Auskunftspflicht der Verlage in Verbindung mit einer umfassenden und regelmäßigen Pressestatistik. Diese Mindestvoraussetzung zur Überprüfung der Hilfsbe-

dürftigkeit von Zeitungsverlagen wie zur Vorbereitung medienpolitischer Entscheidungen überhaupt gilt es auf gesetzlichem Wege durchzusetzen. Dies würde der Medienpolitik der Bundesregierung insgesamt nützen, damit die Diskussion über medienpolitische Strukturreformen - und nicht nur über "Strukturmaßnahmen", wie vom BDZV beabsichtigt - nicht weiter durch Streit um Daten, Fakten, Behauptungen und Vermutungen in die Länge gezogen und letztlich blockiert wird.

Die Verleger werden sich in dieser Angelegenheit deutlich erklären müssen. Immerhin war die erste medienpolitische Aktivität dieser Bundesregierung geprägt von dem Willen, Unterstützung zu gewähren. Dies zu einem Zeitpunkt, wo die IG Druck und Papier die nach langer Zeit noch einmal aufgenommenen Verhandlungen mit dem BDZV über einen Tarifvertrag zur Kompetenzabgrenzung von Verlag und Redaktion für gescheitert erklärte. Dieses Scheitern kann für die Bundesregierung nur bedeuten, daß die unnachgiebige Haltung der Verleger in Fragen der betrieblichen und publizistischen Mitbestimmung sich weiter verhärtet wird und sie ihre große Hoffnung im Medienkongreß der CDU sehen.

Die Beschäftigten in den Verlage- und Zeitungshäusern warten auf eine Medienpolitik der Bundesregierung, die sich eng mit dem Begriff der Mitbestimmung verbindet. Die Forderungen der zuständigen Gewerkschaft sind nahezu identisch mit denen der SPD. Die Medienkommission beim Parteivorstand der SPD hat zwei Positionspapiere zur publizistischen und betrieblichen Mitbestimmung sowie zur Fusionskontrolle für Presseunternehmen erarbeitet. Sie haben bereits den Widerstand der Verleger herausgefordert, die sich nicht scheuen, immer dann verfassungsrechtliche Bedenken ins Spiel zu bringen, wenn es um die Beschneidung ihrer bislang existierenden Alleinbestimmungsrechte geht. Dem muß diese Bundesregierung, vor allem der SPD-Parteivorstand offensiv entgegenreten, damit der Geruch von Verfassungsfeindlichkeit, mit dem die CDU/CSU und eine Mehrheit der bundesdeutschen Verleger die Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung belegen will, endlich durch den Schornstein gejagt wird.

Medienpolitik muß für die in den Verlage- und Zeitungshäusern wie im gesamten Medienbereich Beschäftigten unmittelbar etwas bringen. Gewiß geht es bei wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen auch um die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Eine Fusionskontrolle müßte sich daran anschließen. Medienpolitik heißt aber auch, wenn nicht in erster Linie: Einführung der Mitbestimmung auch in den Presseunternehmen durch die Abschaffung des Tendenzschutzes; Einbeziehung der Großverlage in das Mitbestimmungsgesetz auf Unternehmensebene; Schaffung eines Presserechtersahmengesetzes, das echte publizistische und personelle Mitbestimmung und vor allem eine Detailkompetenz der Redakteure gewährleistet. Die zentrale gewerkschaftliche Tarifpolitik hat diese Mitbestimmung den Verlegern nicht abhandeln können. Auch ein Presserechtersahmengesetz wird sich deshalb an der Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen messen lassen müssen. (-/2.5.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller